



# Gemeinsame Erklärung der Beteiligten am Branchendialog „Elektrotechnik- und Elektronikindustrie“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie am 21. Mai 2015

## Präambel

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat einen ergebnisorientierten Dialogprozess mit Unternehmen, Betriebsräten, Gewerkschaften und Verbänden strategisch bedeutsamer Branchen eingerichtet, mit dem Ziel, Wachstum und Beschäftigung in Deutschland nachhaltig zu stärken. Dazu werden zentrale Themen diskutiert und gemeinsam geeignete Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen beschlossen. Die Ergebnisse der Branchendialoge gehen auch in die Arbeit des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ ein.

Die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie in Deutschland weist die höchste Wertschöpfungsquote aller Industriebranchen auf und ist eine der größten Industriebranchen weltweit. Sie ist Impulsgeber für Innovationen am Industrie- und Technologiestandort Deutschland: Jede dritte Innovation des verarbeitenden Gewerbes insgesamt erfährt ihren originären Impuls durch die Elektroindustrie. Die Branche ist mit rund 850.000 Beschäftigten darüber hinaus auch einer der größten Arbeitgeber in Deutschland. Mit ihren hochqualifizierten Belegschaften lassen sich Neuerungen schnell an den Markt bringen und damit Wettbewerbsvorteile erzielen. Die hohe Mitarbeiterbindung stützt diesen Erfolgsfaktor. Ein Drittel der Erlöse entstehen durch Produktneuheiten. Mit ihren Produkten und Systemen bietet die Elektroindustrie Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir in Deutschland stehen: Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, Globalisierung, demographischer Wandel, Energiewende, vernetzte Mobilität, Cyber-Sicherheit, vernetztes Wohnen und ein vernetztes Gesundheitssystem (z.B. eHealth). Zudem ist die Elektroindustrie wie keine andere in die globale Wirtschaft eingebunden und ist mit ihren „embedded systems“ ein unentbehrliches Bindeglied zwischen digitaler und realer Welt.

Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, dass die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie in ihrer ganzen Breite auch im 21. Jahrhundert erfolgreich bleibt.

Wir wollen, dass die Unternehmen der Elektroindustrie attraktive Arbeitgeber bleiben und verlässliche Rahmenbedingungen für die Produktion in Deutschland gewährleistet werden. Wir treten dafür ein, dass Deutschland auch in Zukunft ein wichtiger Produktions- und Innovationsstandort der Elektroindustrie sein wird.

Im Rahmen des Branchendialogs „Elektrotechnik- und Elektronikindustrie“ haben sich die Handlungsfelder Innovation und Digitalisierung, Außenwirtschaft/Internationalisierung sowie Beschäftigungspolitik als drei zentrale Handlungsfelder herauskristallisiert. Die Maßnahmen, die wir als vordringlich ansehen und möglichst gemeinsam zügig angehen wollen, sind im Folgenden dargestellt. Den Umsetzungsstand und die Ergebnisse der Maßnahmen werden wir zu gegebener Zeit überprüfen.

## I. Innovation und Digitalisierung

Innovationen sind eine Grundvoraussetzung für erfolgreiche Unternehmen und für Beschäftigung. Gerade die Digitalisierung der Wirtschaft, also die enge Verzahnung von Produktion und Produkten mit modernster IuK-Technik, wird nicht ohne entsprechende Innovationen – vor allem auch der Elektroindustrie – gelingen. Gleichzeitig bietet die Digitalisierung große Chancen für Gesellschaft und Unternehmen.

- Innovationen benötigen Investitionen in Forschung, Entwicklung und Beschäftigte. Die Bundesregierung unterstützt die Innovationskraft der Wirtschaft durch eine Reihe von Förderprogrammen. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind noch nicht ausreichend über die sich hier bietenden Möglichkeiten informiert. Wir werden Aktionen starten, um – auch über regionale Veranstaltungen – diese Möglichkeiten den kleinen und mittleren Unternehmen näher zu bringen. So wird das BMWi beim Innovationstag Mittelstand am 11. Juni 2015 eine „Road Show“ zur Technologieförderung starten, die in den folgenden 12 Monaten die meisten Bundesländer bereist.
- Innovationen sind auch das Ergebnis komplexer Wechselbeziehungen zwischen Personen, Organisationen und ihrem Tätigkeitsumfeld. Sie sind danach mehr als nur technischer und wissenschaftlicher Fortschritt. Daher ist zu prüfen, ob verstärkt auch nicht technische Elemente in die Förderung einbezogen werden können. Darüber hinaus ist die kontinuierliche Weiterqualifizierung der Beschäftigten wichtig für Innovationen. Die Partner werden gemeinsam prüfen, ob die bisherigen Aktivitäten und Möglichkeiten ausreichen oder ob zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden müssen.
- Zudem haben kleine Unternehmen zumeist nicht die finanziellen und personellen Ressourcen, um kontinuierlich Forschung und Entwicklung (FuE) voranzutreiben. Das BMWi wird in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium der Finanzen prüfen, ob es Möglichkeiten gibt, mittelfristig eine steuerliche Förderung für FuE-Aufwendungen insbesondere für den Mittelstand einzuführen mit dem klaren Ziel, Beschäftigung und Wertschöpfung in Deutschland zu sichern.
- Das BMWi wird seine technologieoffene Forschungsförderung für Unternehmen allein und in Kooperation mit Hochschulen (Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand, Industrielle Gemeinschaftsforschung) auf hohem Niveau weiterführen und ggf. auch ausbauen. Dabei können über Leittechnologieprojekte (zum Beispiel „Grundlagen der Normung für ein Performance-Quality-Label für LED-Leuchten“) neue Schwerpunkte gesetzt werden – auch im Zusammenwirken der Dialogpartner.
- Neben den Kompetenznetzen wollen wir gemeinsam die regionale Vernetzung von Hochschulen und Unternehmen stärken und verbessern. Hierzu sollen auch in Abstimmung mit den Bundesländern entsprechende Aktivitäten entwickelt werden.
- Die deutsche Elektroindustrie soll als weltweit führender Anbieter von Energieeffizienzlösungen, erneuerbarer Energie und dezentralen Versorgungslösungen auch durch den Abbau von Markthemmnissen bei der Umsetzung und Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz vom BMWi gestärkt werden. Energieeffizienz ist eine der wichtigsten Säulen der Energiewende. Die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie kann mit ihren Produkten und ihrem Know-how einen erheblichen Beitrag zur Stärkung der Energieeffizienz leisten. Ein wichtiges Instrument dafür sind z.B. Energieeffizienz-Netzwerke. Das BMWi arbeitet hierzu im Rahmen der „Initiative Energieeffizienz-Netzwerke“ u. a. mit dem ZVEI zusammen. Das BMWi wird Fragen der Energieeffizienz im Zusammenhang mit der Einbeziehung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der öffentlichen Auftragsvergabe bei der zurzeit laufenden Umsetzung der neuen EU-Vergaberichtlinien in Gesetz und Verordnungen berücksichtigen.
- Um das Thema Industrie 4.0 zügig voranzutreiben und den Schulterschluss zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft und Bundesregierung zu verdeutlichen, wurde die Plattform Industrie 4.0 eingerichtet. Wir werden die Plattform gemeinsam dabei unterstützen, kurzfristig Maßnahmen, z. B. im Bereich Standardisierung, Normung und Referenzarchitektur, zu entwickeln, die dafür sorgen, dass auch die Elektroindustrie weltweit wettbewerbsfähig bleibt.

- Zur Digitalisierung der Wirtschaft und insbesondere zu Industrie 4.0 werden wir in enger Abstimmung mit der Plattform Industrie 4.0 und den Bundesländern Regionalkonferenzen organisieren. Weiterhin werden wir den Aufbau von regionalen Pilot- und Demonstrationszentren unterstützen, um z.B. als Inkubatoren für junge Unternehmen eine Industrie 4.0 Start-Up-Kultur zu schaffen. Hier wird das BMWi noch dieses Jahr zur Verbesserung des Technologietransfers in den Mittelstand mit der Einrichtung von bundesweit fünf Demonstrations- und Informationszentren beginnen. Dazu wird in Kürze eine Ausschreibung erfolgen.
- Für die Unternehmen ist ein hochleistungsfähiger Internetzugang eine Grundvoraussetzung, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Als Basis für Anwendungen wie Industrie 4.0 und die Übermittlung von Daten in Echtzeit sind nicht nur hohe Download-, sondern auch hohe Upload-Geschwindigkeiten unumgänglich. Das BMWi wird sich verstärkt dafür einsetzen, dass auch in ländlichen Gebieten qualitativ hochwertige, verlässliche und technologieoffene (leitungsgebundene und funkbasierte) Internetanschlüsse für Unternehmen bzw. Geschäftskunden rasch verfügbar werden.  
Das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) setzt das Breitbandziel der Bundesregierung um (flächendeckendes Breitbandinternet mit mindestens 50 Mbit/s im Download zum Ende des Jahres 2018). Dazu hat das BMVI angekündigt, in den Breitbandausbau ca. 2 Mrd. € zu investieren. Zudem soll im Sommer 2015 das vereinbarte Breitbandförderprogramm des Bundes vorgestellt werden.
- Für den Erfolg von Industrie 4.0 wird mit entscheidend sein, dass die Beschäftigten und die Gesellschaft frühzeitig in die Gestaltung der Veränderungsprozesse einbezogen bzw. informiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der mögliche Nutzen für die Beschäftigten durch vergrößerte Gestaltungsspielräume oder selbstverantwortlicheres Arbeiten verdeutlicht und die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Veränderungsprozesse verbessert wird.
- Veränderungsprozesse bei der Umsetzung von Industrie 4.0 können auch große Herausforderungen erzeugen, wie z.B. der Wegfall von Arbeitsplätzen in der Produktion, neue Leistungsanforderungen für die Beschäftigten oder Qualifikationsanpassungen bei den Beschäftigten. Herausforderungen und Chancen müssen wir gerecht werden. Dazu muss in die Qualifizierung der Beschäftigten investiert werden. Hier sind Unternehmen und Beschäftigte gleichermaßen gefordert. Die Unternehmen sollten den Beschäftigten Zeit für Qualifizierung bereitstellen und die Beschäftigten sollten entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen nutzen.
- Der sichere Datentransfer ist eine Grundvoraussetzung für Industrie 4.0 und die damit verbundenen Möglichkeiten. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass insbesondere kleine Unternehmen die möglichen Risiken beim Datentransfer klar erkennen können. Wir werden uns zudem dafür einsetzen, dass in der politischen Diskussion um die Auswirkungen der Digitalisierung der Aspekt der Digitalen Souveränität in das Zentrum aller Diskussionen um Daten und Datentransfer rückt. Dem liegt unser gemeinsames Verständnis zugrunde, dass es heute schon keine absolute Datensicherheit gibt, dass aber die höchstmögliche Entscheidungssouveränität einer Person/Organisation über ihre Datenverwendung anzustreben ist. Das BMWi wird sich dafür engagieren, dass es zumindest europaweit einheitliche Regelungen zu Datensouveränität und -schutz (Cyberkriminalität, Internet-spying) geben wird. Zudem werden ZVEI und BMWi versuchen, international mehrstufige Sicherheitsstandards zu etablieren. Gleichzeitig sollten Geschäftsmodelle, die auf Big-Data beruhen, möglich sein.
- Wir wollen eine positive Grundstimmung in der Gesellschaft gegenüber technologischem Fortschritt und Veränderungen schaffen, die mit der wachsenden Digitalisierung von Industrie und Gesellschaft einhergeht, wie z. B. bei der Entwicklung des Autonomen Fahrens oder der Elektromobilität.
- Elektronische Geschäftsprozesse werden bei der öffentlichen Auftragsvergabe immer wichtiger: Sowohl Vergabestellen als auch Bieter profitieren vom Umstieg von papiergebundenen Verfahren auf die medienbruchfreie E-Vergabe. Das BMWi setzt sich dafür ein, die Vorschriften zur E-Vergabe in den neuen EU-Vergaberichtlinien 1:1 einheitlich für alle Auftragsvergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte in nationales Recht umsetzen.
- Das BMWi strebt vor dem Hintergrund elektronischer Aufbewahrungsmöglichkeiten eine Prüfung an, inwieweit die Pflicht, Geschäftsdokumente in Papierform aufzubewahren, abgeschafft oder zumindest zeitlich reduziert werden kann.

- Angesichts der strategischen Bedeutung des Know-how-Schutzes für den Wirtschaftsstandort Deutschland setzen wir uns für die Etablierung einer Technologiestrategie ein, bei der festgelegt wird, welche Sicherungstechnologien in Deutschland vorhanden sein sollen. Dazu streben wir einen priorisierten Aus- und Aufbau von Spitzenclustern zwischen Sicherheitsanbietern und Industrieanwendern, z. B. Mikroelektronik und Mikrosysteme, Kryptologie, Sichere Identitäten, Embedded Systems und Software-Engineering an.
- Der ZVEI erwartet, dass die Kosten-Nutzen-Analyse des BMWi aus 2013 zum Smart Meter in einen gesetzlichen Rahmen überführt wird. Konventionelle Zähler müssen in den nächsten 15 Jahren vollständig durch intelligente Zähler ersetzt werden. Die bestehenden Einbaupflichten für intelligente Messsysteme (derzeit bei Endkunden mit einem weit überdurchschnittlichen Jahresverbrauch von 6.000 kWh, Neubauten und größeren Renovierungen) sollten beibehalten und u.a. auch auf Endkunden mit KWK- und Photovoltaik-Anlagen ab einer gewissen Mindestgröße ausgeweitet werden.
- Zur Sicherung der Energieinfrastruktur in Deutschland und somit der Versorgungssicherheit der Industrie ist der Ausbau der Übertragungs- und Verteilnetze unabdingbar. Nur so kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die Sicherung des Standortes Deutschland gewährleistet werden. Insbesondere die Ausgestaltung der regulatorischen Rahmenbedingungen ist für das Ziel „Smart Grids“ von großer Bedeutung und betrifft direkt die Elektroindustrie als zentralem Zulieferer der intelligenten und innovativen Technologien.
- In den Stromnetzen besteht erheblicher Investitionsbedarf. Die Verteilnetze müssen für die zukünftigen Aufgaben ertüchtigt werden. Dies geht unter anderem mit einer weitgehenden Digitalisierung einher. Entsprechende Kosten müssen über die (Anreiz-) Regulierung abgebildet werden. Die Einführung eines Kapitalkostenabgleichs wäre eine konsequente Weiterentwicklung der Anreizregulierung, die den Investitionserfordernissen Rechnung trägt. Dies steht in Einklang mit den Vorgaben des Koalitionsvertrages, dass Investitionen durch Netzbetreiber getätigt werden sollen, wenn sie erforderlich sind.

## II. Außenwirtschaft/Internationalisierung

Mit einer Exportquote von 70 % bis 80 % ist für die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie ein freier und fairer Handel wichtig und sollte entsprechend gewährleistet werden, um langfristig Wertschöpfung in Deutschland zu realisieren. Die deutsche Elektroindustrie steht weltweit für hervorragende Produkte und Technologien. Dieser Erfolg sichert und schafft Arbeitsplätze auch in Deutschland.

- Ergänzend zum multilateralen Handelssystem sind Freihandelsabkommen für die deutsche, exportorientierte Elektroindustrie von großer Bedeutung. Daher ist für die Unternehmen ein zügiger Abschluss entsprechender Abkommen, wie z. B. TTIP, wichtig. Das BMWi wird sich dafür einsetzen, unnötige Handelshemmnisse zu reduzieren, im Bereich der Zukunftstechnologien durch Entwicklung gemeinsamer Standards Innovationen zu fördern und dabei europäische Normen und Standards zu wahren. Grundsätzlich sollte nach Auffassung des BMWi in Freihandelsabkommen zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen jedoch auf Bestimmungen zum Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) verzichtet werden. Falls Investitionsschutz und ISDS in derartigen Abkommen enthalten sein werden, sollte ein Investitionsgerichtshof eingerichtet werden, der auf rechtsstaatlichen Prinzipien wie Unabhängigkeit und Transparenz beruht und dessen Richter von den Vertragsparteien des Freihandelsabkommens ausgewählt werden. Außerdem darf das „right to regulate“ – also das Gesetzgebungsrecht des Staates – durch den Investitionsschutz nicht unangemessen eingeschränkt werden. Die IG Metall betont, dass im Rahmen von Freihandelsabkommen die ILO-Kernarbeitsnormen nicht nur akzeptiert, sondern auch implementiert werden müssen. So müssen Verstöße gegen Arbeits- und Sozialstandards sanktioniert werden können. Ein internationaler Handelsgerichtshof könnte aus Sicht der IG Metall ein erster Schritt in die richtige Richtung als Lösungsansatz beim Investorenschutz sein.
- Für den freien und fairen Welthandel sind zudem internationale Normen und Standards für eine unbürokratische und damit sowohl kostengünstige als auch nachhaltige und sichere Produktion unerlässlich. Hier sollten sich die Partner stärker als bisher in den entsprechenden nationalen, europäischen und internationalen Gremien unter anderem auch zu Industrie 4.0 und Energiepolitik einbringen. ZVEI und Gesamtmetall werden hierzu ihre

Mitgliedsunternehmen auffordern. Gemeinsam mit der Wirtschaft wird sich das BMWi weiter für die internationale Harmonisierung von Normen einsetzen und dazu auch bilateral mit USA, China und Indien zusammenarbeiten.

- Darüber hinaus ist auch der angemessene Schutz geistigen Eigentums für einen fairen Handel unabdingbar. ZVEI und Gesamtmetall werden für die Elektroindustrie entsprechenden Handlungsbedarf eruieren. Das BMWi wird dies aufgreifen, um so das Schutzniveau in den betreffenden Ländern zu verbessern. Wichtig ist auch eine ausreichende Marktüberwachung von Importen nach Deutschland. Dies betrifft den Schutz geistiger Eigentumsrechte, aber auch andere Aspekte wie die Einhaltung technischer Standards.
- Auch weitere nicht-tarifäre Handelshemmnisse erschweren den Export deutscher Güter und Dienstleistungen. ZVEI und Gesamtmetall werden das BMWi über entsprechende Regelungen informieren. Das BMWi wird sich für einen Abbau der Handelshemmnisse einsetzen.
- Das BMWi unterstützt weiterhin internationale Bemühungen, einheitliche Rahmenbedingungen der Exportfinanzierung für alle maßgeblichen Industrie- und Schwellenländer festzulegen, damit gleiche Wettbewerbschancen mit den Konkurrenten aus anderen Industrieländern, z.B. im Bereich der Mikroelektronik, gewährleistet sind. Zudem wird das BMWi versuchen, über die dafür zuständige Europäische Kommission Wettbewerbsverzerrungen durch staatliche (Export-)Subventionen von ausländischen Unternehmen zu reduzieren bzw. möglichst auch zu unterbinden.
- Angesichts der steigenden Relevanz von (knapp bemessenen) Funkfrequenzen für Anwendungen der Digitalen Gesellschaft wächst der Bedarf nach einer weitsichtigen europäischen Strategie, um die grenzüberschreitende Nutzung von Diensten und Geräten zu gewährleisten.
- Das BMWi wird sich gemeinsam mit der Industrie dafür einsetzen, dass Industriebelange, z.B. Echtzeitanforderungen bei Wireless-Übertragung, in der internationalen Normung Berücksichtigung finden.

### III. Beschäftigungspolitik

Gut qualifizierte Beschäftigte sind ein entscheidender Erfolgsfaktor für die Elektroindustrie in Deutschland. Im internationalen Wettbewerb kann die deutsche Wirtschaft nur mit entsprechend gut qualifizierten Beschäftigten und einem ausreichenden Potenzial an geeigneten jungen Leuten für die berufliche Ausbildung mithalten.

- Wir werden unsere Aktivitäten fortführen und verstärken, um die Bedeutung und das Ansehen von akademischen wie nicht-akademischen Berufen im MINT-Bereich in der Gesellschaft zu verbessern.
- Wichtig ist zudem eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, das Potenzial weiblicher Fachkräfte durch den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung auszuschöpfen und den sich abzeichnenden Fachkräftemangel stärker zu berücksichtigen.
- Wir werden gemeinsam Maßnahmen ergreifen, damit die Unternehmen der Elektroindustrie attraktive Arbeitgeber bleiben. Wir werden die Attraktivität der Arbeitsplätze in der Elektroindustrie durch Regelungen und Maßnahmen zur Verbesserung der Gestaltung einer innovations- und lernförderlichen Arbeitsgrundlage steigern, da dies die Grundlage von wettbewerbsfähigen Unternehmen und sicheren sowie guten Arbeitsplätzen darstellt.
- Die Neugierde und das Interesse an Technik bei jungen Menschen – insbesondere Mädchen und jungen Frauen – soll durch verstärkte (lokale) Aktivitäten von Unternehmen und Unternehmensverbänden weiter geweckt und gefördert werden. Beispiele sind Schul-Patenschaften durch Unternehmen oder eine enge Zusammenarbeit von Unternehmen und Bildungseinrichtungen. Hierfür werden sich ZVEI und Gesamtmetall einsetzen. Auch die konkrete Information über Perspektiven der MINT-Berufe in den Schulen durch die Sozialpartner kann einen Beitrag leisten.

- Um den Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern, werden die Betriebe von ZVEI und Gesamtmetall zur Qualifizierung verstärkt die durchlässigen Strukturen der dualen Ausbildung nutzen. Beispiele für diese Zielgruppen sind junge Menschen ohne Ausbildung, Auszubildende, deren Qualifikationen noch nicht ausreichend den Anforderungen der Unternehmen entsprechen, Jugendliche mit Migrationshintergrund, nicht Deutsch sprechende Fachkräfte sowie Menschen mit Behinderung. Gesamtmetall, ZVEI und IG Metall informieren Betriebe und Ausbildungsplatzbewerber über die Möglichkeiten der Assistenten Ausbildung (AsA) und der ausbildungsbegleitenden Hilfe (abH) und unterstützen sie bei der Umsetzung der Fördermaßnahmen.
- Wir wollen den Wert einer dualen Berufsausbildung als gleichberechtigte Alternative zu einem Studium stärker in das Bewusstsein von Jugendlichen, Schülerinnen, Schülern, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern bringen. Wir werden Vorschläge erarbeiten, wie sie sich hier über bereits erfolgreich laufende Projekte noch stärker aktiv einbringen können – auch bei der Allianz für Aus- und Weiterbildung.
- Die beruflichen Anforderungen in der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie sind einem permanentem Wandel unterworfen, z.B. aktuell durch Industrie 4.0. Wir brauchen hier eine strukturierte Übersicht über die notwendigen Qualifikationsprofile bei der Aus- und Fortbildung zur Information der Betriebe und der Fachöffentlichkeit, aber auch zur Überprüfung der für die Elektroindustrie relevanten Berufsbilder und zugehörigen Ausbildungsinhalte, um ggf. notwendige Veränderungen abzuleiten und diese zusammen mit den für die Ordnung der Berufsausbildung zuständigen Institutionen zügig umzusetzen.
- Neben der Anpassung der Ausbildung an sich ändernde Anforderungen sind die Weiterbildung („Lebenslanges Lernen“) und die Motivation der Beschäftigten ein wichtiger Schlüssel, um die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen zu erhalten. ZVEI, Gesamtmetall, IG Metall und BMWi werden gemeinsam Maßnahmen bündeln, um sowohl die notwendige Weiterbildung für die Beschäftigten als auch alters- und altersgerechte Arbeitsbedingungen weiter zu fördern.
- Deutschland ist ein Einwanderungsland. Gesamtmetall und ZVEI werden gemeinsam die Aktivitäten zur Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Fachkräfte optimieren und ausweiten. Das BMWi wird – wo notwendig – geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Anerkennung ausländischer Schul-, Hochschul- oder Berufs-Abschlüsse weiter zu verbessern bzw. darauf hinzuwirken. ZVEI, Gesamtmetall und IG Metall werden mit entsprechenden Aktivitäten dazu beitragen, eine Willkommenskultur für zugewanderte Beschäftigte in den Unternehmen und der Gesellschaft zu verankern.
- Arbeitszeitkonten und eine flexible, lebensphasenorientierte Gestaltung der Arbeitszeiten können sowohl Unternehmen helfen, Produktionsspitzen oder -flauten abzufangen, wie auch Beschäftigten, ihre Arbeitszeit an private Erfordernisse anzupassen. BMWi wird in Zusammenarbeit mit ZVEI, Gesamtmetall und IG Metall prüfen, ob und ggf. welche Maßnahmen hier sinnvoll und möglich sind. Nach entsprechender Zeit soll eine unabhängige Evaluierung der Maßnahmen erfolgen.
- Werk- und Dienstverträge können Instrumente einer arbeitsteiligen, wettbewerbsfähigen Wirtschaft sein. Dabei muss der Missbrauch von Werk- und Dienstverträgen verhindert werden. Gesamtmetall wird dafür werben, dass in der Elektroindustrie Werk- und Dienstverträge verantwortungsvoll eingesetzt werden. Gesamtmetall und IG Metall werden im Rahmen eines Erfahrungsaustausches auftretende Problemfälle analysieren und über mögliche Abhilfemaßnahmen beraten.

---

**Sigmar Gabriel**  
Bundesminister für Wirtschaft und  
Energie

---

**Michael Ziesemer**  
Präsident des Zentralverbandes  
Elektrotechnik- und  
Elektronikindustrie e.V.

---

**Dr. Rainer Dulger**  
Präsident von Gesamtmetall

---

**Jürgen Kerner**  
Hauptkassierer und Geschäftsführendes  
Vorstandsmitglied der IG Metall